

«In der Baselbieter Regierung will niemand die Universität voranbringen»

Christoph Eymann zum Uni-Streit Der frühere Basler Erziehungsdirektor verortet die Schuld für die kantonalen Differenzen rund um die Universität Basel allein im Kanton Baselland.

Alexander Müller
und **Oliver Sterchi**

Vor knapp zwei Wochen hat die Baselbieter Regierung verkündet, dass sie den Uni-Campus Dreispitz vorerst sistiert. Seither ist Feuer im Dach zwischen den beiden Basel. Nun meldet sich der ehemalige Basler Erziehungsdirektor und Nationalrat Christoph Eymann (LDP) zu Wort. Er kritisiert die Baselbieter Regierung für ihren Entscheid – und dabei vor allem Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP).

Herr Eymann, Sie ärgern sich über die Sistierung des Baselbieter Uni-Campus auf dem Dreispitz. Wieso?
Für die Antwort muss ich etwas ausholen: Aus dem Kanton Baselland sind nach der Jahrtausendwende die Stimmen laut und lauter geworden, die eine eigene Fakultät auf Baselbieter Boden forderten. Die Basler Regierung hat dem Drängen schliesslich nachgegeben – auch gegen Kritik der Studierenden. Es stört mich nicht, dass dort nicht gebaut wird. Mich ärgert das Hin und Her. Der Uni fehlt Planungssicherheit. Man hätte schon vor Jahren wissen können, dass Neubauten zu Mehrkosten führen. Das Campus-Aus ist nicht das Problem, dramatisch sind die von der Regierung angetönten grundsätzlichen Fragen zur Uni-Finanzierung.

Halten Sie die Sistierung des Dreispitz-Campus für ein vorgeschobenes Argument der Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind?
(zögert) Nein. Das Hauptproblem für das Baselbiet ist nicht die Investition von 100 Millionen, es sind die Trägerbeiträge, die ihnen über den Kopf wachsen. In Liestal macht man sich Sorgen. Aus meiner Sicht gibt es in dieser Baselbieter Regierung niemanden, der die Universität voranbringen will. Auch nicht Monica Gschwind, die Bildungsdirektorin. Die Uni ist heute das ungeliebte Kind der Exekutive und eines Teils des Parlaments. Das ist bedauerlich, denn die aktuelle Entwicklung birgt grosses Schadenspotenzial für die Region – auch jenseits der Birs.

Betreibt das Baselbiet Rosinenpickerei?
Ja. Basel-Stadt ist dem Baselbiet weit entgegengekommen in verschiedenen Schritten. Beispielsweise indem man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Gradmesser genommen hat für die Finanzierung. Dann hat man konzediert, Fakultäten über die Kantonsgrenze zu bringen. Das Departement Biomedical Engineering, ein sehr innovatives Zentrum, steht in Allschwil. Oder auch das Tropeninstitut, das jetzt auch am Bachgraben beheimatet ist, obwohl die Baselbieter noch gar nicht so lange mitzahlen. Ganz zu schweigen von den geschenkten 80 Millionen Franken. Das ist ein riesiges Entgegenkommen unsererseits. Und



Als Regierungsrat hat Christoph Eymann (LDP) gute Beziehungen zur Baselbieter Regierung gepflegt. Heute blickt er mit Sorge auf die Spannungen zwischen den beiden Kantonen. Foto: Nicole Pont

dafür erhalten wir nicht einmal ein Bekenntnis von der Regierung, dass man dafür sorgen will, dass die Uni auch in 20 Jahren noch mit der europäischen Spitze mithalten kann. Ist das Dreispitz-Geplänkel der Vorbote eines partiellen Ausstiegs aus der Universitätsfinanzierung?

War die gemeinsame Trägerschaft ein Fehler?
Nein. Das Geld aus dem Baselbiet hat das Wachstum erst möglich gemacht. Vor 25 Jahren besuchten 7500 Studierende die Universität Basel, jetzt sind es 13'000. Und vor allem auch qualitativ ist die Uni enorm gewachsen. Dank dem Baselbiet! Aber jetzt müssen wir befürchten, dass es in die andere Richtung geht. Dabei geht es gar nicht um die neuen Gebäude und deren Standort, sondern um die Perspektive insgesamt.

Wenn das Baselbiet die Planungssicherheit torpediert, wie Sie sagen, sollte sich der Stadtkanton konsequenterweise nicht einfach wieder allein um die Uni kümmern?

Nein. Ohne das Baselbiet wäre die Uni nicht so gut, wie sie heute ist. Hinzu kommt noch etwas anderes: Die jungen Leute aus der Region wollen in der Nähe studieren – an einer hervorragenden Volluniversität. Daher müssen sich die beiden Kantone zusammenraufen. Sonst fehlt uns die Kraft, um eine Spitzenuniversität zu unterhalten. Mit der gemeinsamen Trägerschaft hat das Baselbiet damals von einem Tag auf den anderen mehr als 100 Millionen Franken eingebracht. Die Stadt hatte damals die Mittel dafür nicht.

Geht es nur um Geld?
Nein, auch die Identifizierung ist wichtig. Dann ist dank dem Baselbiet die Uni auch keine Dienst-

«Beide Kantone müssen sich zusammenraufen. Sonst fehlt die Kraft, um eine Spitzenuni zu unterhalten.»

stelle eines Basler Departements mehr, sondern als eine der ersten Universitäten in die Autonomie entlassen worden. Das war richtig und wichtig. Die treibenden Kräfte für die Partnerschaft auf Augenhöhe waren die Baselbieter Bildungsdirektoren Peter Schmid und später Urs Wüthrich. Solche Macher vermisste ich jetzt in der Exekutive des Landkantons.

Sie heben jetzt zwei frühere SP-Regierungsräte hervor ...
Die Linken sind affiner für Partnerschaft und Bildungsqualität. Die Kritik an der Universität kommt im Baselbiet von bürgerlicher Seite. Nicht nur von der SVP. Ausgerechnet Saskia Schenker (FDP), die Direktorin des Arbeitgeberverbands, die eigentlich um gute Ausbildungsmöglichkeiten bemüht sein müsste, verwies zuletzt auf Sparnotwendigkeit bei der Uni. Und Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser (FDP) mit seiner Volksinitiative, das Portfolio der Uni mehr nach der Wirtschaft auszurichten ... Das sind gefährliche Tendenzen.

Als der Entscheid für die gemeinsame Trägerschaft fiel, war der Kanton Baselland sogar wesentlich bürgerlicher geprägt als heute. Parlament und Volk standen damals klar hinter der Idee.
Ja. Damals gab es auf bürgerlicher Seite mit Adrian Ballmer (FDP) eine starke Figur. Er trug die Partnerschaft schlussendlich mit und konnte das bürgerliche Lager hinter sich bringen. Ballmer hatte einen guten Draht zu unserem Finanzdirektor Ueli Visscher (LDP).

Heute ist im Baselbiet insbesondere die SVP kritisch. Damals war die SVP – im Gegensatz zu heute – in der Baselbieter Regierung vertreten. Was hat sich geändert?
Damals war Erich Straumann als Gesundheitsdirektor nah bei der medizinischen Fakultät. Er interessierte sich sehr für die Uni und konnte diese Begeisterung auch in seine Partei tragen.

Ist die aktuelle Baselbieter Regierung bildungsfern?
So weit würde ich nie gehen! (lacht) Sie ist aber sicher nicht hochschulaffin. Man könnte sich in Liestal auch fragen, wie man die Uni bestmöglich unterstützen kann, trotz Finanzproblemen, anstatt seit Jahren immer nur von Abbau zu reden.

Tut Monica Gschwind zu wenig, um die SVP zu bremsen und die eigene Fraktion hinter sich zu bringen?
Ja, ganz eindeutig. Eine Bildungsdirektorin müsste sich für die ihr anvertrauten Institutionen einsetzen – eigentlich selbstverständlich. Das spüre ich bei Monica Gschwind mit Blick auf die Universität aber nicht.

In der Vergangenheit gab es bei Uni-Bauprojekten mitunter massive Mehrkosten, beispielsweise beim Biozentrum oder beim Departement für Biomedizin. Können Sie nachvollziehen, dass man im Baselbiet vor einem nächsten Finanzdebakel zurückschreckt?
Bei den Gebäudekosten auf jeden Fall. Nicht aber bei den laufenden Kosten der Uni. Da erhält man einen Gegenwert, der über die Landesgrenzen strahlt. In der Baselbieter Politik blickt man zu wenig über den Tellerrand hinaus, wenn man nur die Kosten der Uni, nicht aber den Wert, die Investition in junge Menschen sieht.

Wieso kann man die Uni nicht auf die arbeitsmarktorientierten Studiengänge reduzieren?
Das zerstört den viel zitierten Basler Geist. Die Region hat 565 Jahre lang von der Uni profitiert, vor allem wegen der Geisteswissenschaften. Diese riesige Tradition dürfen wir doch nicht opfern, um kurzfristig Geld zu sparen! Eine Uni darf nicht nur auf wirtschaftlichen Profit ausgerichtet sein, es braucht alle Fakultäten. Bei einer Fachhochschule ist es anders. Dort soll man durchaus intendieren, mit

jeder Ausbildung nachher Geld verdienen zu können.

Sehen Sie bei der Uni gar kein Sparpotenzial?
Natürlich muss man immer prüfen, ob man wirtschaftlich unterwegs ist. Das ist Rektoratspflicht. Rektorin Andrea Schenker-Wicki, sie ist Ökonomin, ist restriktiv gegenüber kostspieligen Begehren. Billiger werden kann man immer. Auch im Unirat waren wir immer kritisch bezüglich der Kosten von Anträgen. Grosse Beträge lassen sich aber so nicht einsparen.

«Eine Universität darf nicht nur auf wirtschaftlichen Profit ausgerichtet sein, es braucht alle Fakultäten.»

In Basel-Stadt gilt stets die Devise «Mehr ist besser». Wenn das Baselbiet dann auf die Bremse tritt, kommen sofort die Schulduweisungen in Richtung Liestal. Trägt nicht auch die Stadt eine Mitschuld an der Verstimmung?
Nein! Die Ungleichheit bei den Steuereinnahmen macht natürlich enorm viel aus. Das wurde aber mit der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit korrigiert. Überheblich waren wir als Regierungskollegium nie. Im Gegenteil zeugen diverse Entgegenkommen von Verständnis.

Die Ausgaben für die Uni sind im Verhältnis zum kantonalen Gesamtbudget im Baselbiet deutlich grösser als in der Stadt. Entsprechend ist die Schmerzgrenze auch früher erreicht.
Ja. Aber da muss ich trotzdem ein wenig übergreifig werden. Es geht am Ende um die Prioritätensetzung. Und dann sind wir wieder beim Impetus der einzelnen Politikerinnen und Politiker, sich zur Uni zu bekennen und andere zu überzeugen, wie wichtig diese ist.

Diese Finanzdebatte gibt es bei der Fachhochschule viel weniger.
Es gibt sie schon, aber weniger in der Öffentlichkeit. Ich habe jetzt fast ein schlechtes Gewissen, dass ich immer Monica Gschwind kritisiere. Will ich aber ehrlich antworten, kann ich nicht anders. Als Gschwind frisch im Amt war, hat sie gefordert, bei der Fachhochschule die Reserven aufzulösen, wie jetzt fatalerweise bei der Universität.

Das Baselbiet droht aber nicht, aus der FHNW auszusteigen, weil das Geld fehlt.
Nein. Sie sehen dort natürlich die Nähe zu ihren KMU. Zu Recht. Und dort steht auch die Wirtschaftskammer dahinter; warum eigentlich nicht auch bei der Uni?